**Anordnung
zur Verordnung vom 6. Dezember 1962
über die Regelung des Stipendienwesens.**

Vom 3. Mai 1967

Im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen wird folgendes angeordnet:

§ 1

Der § 3 Abs. 3 der Stipendienordnung vom 17. Dezember 1962 (GBI. II S. 834) erhält folgende Fassung:

„Sind beide Elternleile berufstätig, so erhöhen sich die Einkommensgrenzen gemäß Absätzen 1 und 2 jeweils um 300 MDN. Die Einkommensgrenzen gemäß Absätzen 1 und 2 erhöhen sich bei Familien mit mehreren zu versorgenden Kindern unter 14 Jahren sowie über 14 Jahre, sofern sie sich in der Ausbildung befinden und kein eigenes Einkommen haben,

für das 2. und 3. noch zu versorgende Kind um je 50 MDN

für das 4. noch zu versorgende Kind um 100 MDN

für das 5. und weitere noch zu versorgende Kinder um je 150 MDN.

Soweit mehrere Kinder der Familie studieren, erhöhen sich die Einkommensgrenzen ab 2. studierenden Kind zusätzlich um je 100 MDN.“

§ 2

Der § 5 Abs. 1 der Stipendienordnung vom 17. Dezember 1962 erhält folgende Fassung:

„An Studierende, die nicht im Kreis der Stipendienempfänger aufgeführt sind, kann an Universitäten und Hochschulen eine monatliche Studienbeihilfe von 80 MDN und an Fachschulen in Höhe von 60 MDN gewährt werden, wenn das Bruttoeinkommen der Eltern den Betrag von 600 MDN im Monat nicht übersteigt. Die Einkommensgrenze erhöht sich bei Familien mit mehreren zu versorgenden Kindern unter 14 Jahren sowie über 14 Jahre, sofern sie sich in der Ausbildung befinden und kein eigenes Einkommen haben, um die gemäß § 3 Abs. 3 der Stipendienordnung in der Fassung des § 1 dieser Anordnung genannten Beträge.“

§ 3

Der § 22 Abs. 6 der Stipendienordnung vom 17. Dezember 1962 erhält folgende Fassung:

„Sind beide Elternteile berufstätig, so erhöhen sich die Einkommensgrenzen gemäß Abs. 5 um 300 MDN. Die Einkommensgrenzen gemäß Abs. 5 erhöhen sich bei Familien mit mehreren zu versorgenden Kindern unter 14 Jahren sowie über 14 Jahre, sofern sie sich in der Ausbildung befinden und kein

eigenes Einkommen haben, um die gemäß § 3 Abs. 3 der Stipendienordnung in der Fassung des § 1 dieser Anordnung genannten Beträge.“

§ 4

Diese Anordnung tritt am 1. Juli 1967 in Kraft.

Berlin, den 3. Mai 1967

**Der Staatssekretär
für das Hoch- und Fachschulwesen**
Prof. Dr. G i e ß m a n n

**Anordnung
über die Ferienregelung
für die allgemeinbildenden Schulen
im Schuljahr 1967/68.**

Vom 3. Mai 1967

§ 1

Mit der Einführung der 5-Tage-Arbeitswoche für jede Woche tritt in den allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 1967/68 folgende Ferienregelung in Kraft:

1. Herbstferien	7 Tage	Die Herbstferien liegen im Monat Oktober. Eine zeitliche Vorverlegung oder Verlängerung ist nicht statthaft.
2. Ferien zum Jahreswechsel	7 Tage	22. 12.-2. 1.
3. Winterferien	19 Tage	10. 2.-2. 3.
4. Unterrichtsfreier Tag	1 Tag	13. 4. (Sonnabend vor Ostern)
5. Frühjahrsferien	6 Tage	27. 4.-4. 5.
6. Unterrichtsfreier Tag	1 Tag	1. 6. (Sonnabend vor Pfingsten)
7. Sommerferien	52 Tage	3. 7.-31. 8.
8. Für Klassen mit beruflicher Grundausbildung und Klassen mit voller Berufsausbildung-Sommerferien	30 Tage	im Zeitraum Juli/August

§ 2

Diese Anordnung tritt am 1. September 1967 in Kraft.

Berlin, den 3. Mai 1967

Der Minister für Volksbildung
H o n e c k e r